

Statement Prof. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Die Einführung eines Bürgergeldes ist in Krisenzeiten wie diesen dringender geboten denn je. Gerade die zurzeit hohe Inflation hat unsoziale Verteilungswirkungen und belastet die Menschen in der Grundsicherung ungleich härter als Menschen mit höheren Einkommen. Der Sozialstaat ist gefordert.

Besonders in Krisenzeiten ist es essenziell, dass soziale Leistungen ausreichend und gleichzeitig verlässlich sind. Die Realität heute ist jedoch eine andere: Die Leistungen für die Grundsicherung sind angesichts hoher Preissteigerungen, beispielsweise bei Lebensmitteln von fast 20 Prozent, zu gering. Und durch Sanktionen sind diese Leistungen für viele Menschen auch nicht verlässlich. Daher ist die neue Studie von Sanktionsfrei e.V. und dem Forschungsinstitut INES so wichtig und wertvoll. Sie unterstreicht den enormen Schaden, den Sanktionen für viele der verletzlichsten Menschen unserer Gesellschaft verursachen und dass weitere grundlegende Reformen auch beim Bürgergeld dringend notwendig sind.

Das Bürgergeld birgt viel Potenzial: Wenn es richtig ausgestaltet ist und auch die Lehren von dieser und anderen wissenschaftlichen Studien berücksichtigt werden, führt es weg von einem sanktionierenden und passiven Sozialstaat hin zu einem System, das jede Einzelne und jeden Einzelnen befähigt, eigenverantwortlich zu handeln, selbstbestimmt zu leben, und damit auch gesellschaftliches Vertrauen schafft.

„Fördern und Fordern“ – so lautete der Grundgedanke der Hartz-IV-Reformen. Dies ist grundsätzlich richtig, allerdings muss der klare Schwerpunkt auf „Fördern“ liegen. Pandemie, Inflation und Energie-Krise infolge des Ukraine-Kriegs haben unsere Gesellschaft und vor allem die unteren Einkommensschichten vor enorme, oftmals sogar existenzielle Herausforderungen gestellt – um schneller, unbürokratischer und direkter betroffene Menschen zu unterstützen und Härten abzufedern, muss der Sozialstaat neue Lösungen finden. Wichtig dabei sind angesichts der galoppierenden Inflation auch höhere Regelsätze, die Armutsrisiken abmildern könnten.

Im Juli wurden Sanktionen temporär ausgesetzt und die Auszahlung von Leistungen vereinfacht. Das war der richtige Weg. Nur so können langwierige bürokratische Prozesse vermieden und Hilfe schnell geleistet werden, beispielsweise durch einen Verzicht auf die Vermögensprüfung bei sozialen Hilfen.

Wissenschaftliche Studien und Befragungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jobcenter haben gezeigt: Die Erleichterungen haben vor allem positive Effekte. Meistens haben sie nicht dazu geführt, dass die Menschen das System missbrauchen. Im Gegenteil: Rasche und oft bedingungslose Unterstützung erlaubt es den Menschen, die Krise besser zu bewältigen.

Hartz IV haftet ein stigmatisierendes Image an, das es zu überwinden gilt. Eine aktuelle Befragung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und der Ruhr-Universität Bochum unter Hartz-IV-Empfängerinnen und Empfängern kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass ein hoher Anteil der Leistungsbeziehenden sich für den Bezug von Hartz IV schämt. Mehr als die Hälfte hat das Gefühl, nicht richtig zur Gesellschaft dazuzugehören. Langzeitarbeitslose engagieren sich aber oftmals ehrenamtlich, in der Nachbarschaftshilfe oder verdienen sich etwas mit kleineren Jobs hinzu – oftmals in der Schattenwirtschaft. Auch hier könnte die Reform des Grundsicherungssystems ansetzen, um Hartz-IV-Beziehenden wieder mehr soziale Teilhabe zu ermöglichen und dem Gefühl der Ausgrenzung entgegenzuwirken. Bessere Zuverdienstmöglichkeiten und mehr gezielte Weiterbildungsangebote sind ein Hebel, damit Langzeitarbeitslose wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen können.

Eine grundlegende Transformation der Sozialsysteme in Deutschland ist längst überfällig. Wir müssen weg von einem passiven, reaktiven Sozialstaat, der nur eingreift, wenn die Menschen bereits in Notlagen wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit gerutscht sind. Der moderne Sozialstaat muss motivierend und befähigend wirken und individuelle Potenziale fördern. Ein Bürgergeld mit einem weitestgehenden Abbau der Sanktionen und mit höheren Regelsätzen sowie eine Kindergrundsicherung stellen wichtige Bausteine für diesen Sozialstaat dar. Sie sind ein essenzieller Beitrag dazu, die soziale Polarisierung unserer Gesellschaft zu überwinden. Die derzeitige Krise muss zum Transformationsbeschleuniger werden.